



Standort für Zukunftszentrum soll bis Jahresende feststehen

Kultur und Medien/Ausschuss - 22.06.2022 (hib 321/2022)

Berlin: (hib/AW) Der Standort für das geplante „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ soll bis Ende des Jahres feststehen. Dies hat der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Staatsminister Carsten Schneider (SPD), am Mittwoch vor dem Ausschuss für Kultur- und Medien angekündigt. Der Ausschuss hatte neben Schneider den Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig, Basil Kerski, zu einer öffentlichen Sitzung geladen, um erstmalig über die von der Bundesregierung vorgelegten „Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ zu beraten. Der ebenfalls geladene ehemalige Vorsitzende der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Matthias Platzeck (SPD), musste seine Teilnahme an der Ausschusssitzung krankheitsbedingt absagen. Im Herbst nach der parlamentarischen Sommerpause wird sich der Kulturausschuss erneut mit dem Zukunftszentrum im Rahmen einer größeren öffentlichen Anhörung auseinandersetzen, kündigte die Ausschussvorsitzende Katrin Budde (SPD) an.

Staatsminister Schneider führte aus, dass die Bewerbungsphase für einen Standort für das Zukunftszentrum bis September abgeschlossen werde. Er gehe von einer regen Teilnahme aus. So würden beispielsweise die Länder Berlin und Brandenburg Frankfurt an der Oder als Standort vorschlagen. Anschließend werde eine unabhängige Kommission bis Ende des Jahres über die Bewerbungen entscheiden. Er selbst werde sich zur Frage des geeigneten Standortes nicht äußern, betonte Schneider. Er habe auch den Bürgermeister seiner Heimatstadt Erfurt gebeten, sich nicht an dem Bewerbungsverfahren zu beteiligen, um dem Verdacht einer Vorteilsnahme vorzuzukommen. Über die Zusammensetzung der Kommission sei noch nicht abschließend entschieden. An die Auswahl des Standortes soll sich im kommenden Jahr ein Wettbewerb zur architektonischen Gestaltung des Zentrums anschließen, führte Schneider weiter aus. Bis 2027 soll das Zentrum dann eröffnet werden. Die inhaltliche Konzeption des Zentrums liege federführend bei ihm, die bauliche Umsetzung federführend bei Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD).

Basil Kerski berichtete dem Ausschuss über die Arbeit und die architektonische Gestaltung des 2007 eröffneten Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig. Das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ könne einen großen Beitrag zur Wiederbelebung des im Zuge der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit entstandenen Wir-Gefühls leisten, betonte Kerski. Zugleich müsse die europäische Dimension der revolutionären Umbrüche in den Wendejahren in den Blick genommen werden. Kerski erinnerte an die Geschichte der demokratischen Widerstandsbewegungen in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Dies könne die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den vier Visegrád-Staaten gestärkt werden. Diese Länder seien zusammen zwar der größte Handelspartner Deutschlands, auf der Ebene der kulturellen Zusammenarbeit spiegele sich dies noch nicht.